

Bezirksamtsvorlage Nr. 780
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 17.12.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0888/VI, Beschluss vom 15.06.2023 betrifft:

E-Roller-Parkverbote und Jelbi-Stationen nach guten Erfahrungen ausweiten und Gehweg-Hürdenlauf beenden

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadtrat Schriener

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „E-Roller-Parkverbote und Jelbi-Stationen nach guten Erfahrungen ausweiten und Gehweg-Hürdenlauf beenden“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich positive Auswirkungen auf den Klimaschutz, da durch die Umsetzung des Ersuchens positive umweltpädagogische Effekte erwartet werden.

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Schriener

Vorlage -zur Kenntnisnahme- E-Roller-Parkverbote und Jelbi-Stationen nach guten Erfahrungen ausweiten und Gehweg-Hürdenlauf beenden

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 15.06.2023 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0888/VI):

Das BA wird ersucht, mit der BVG und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt ein Konzept für eine etappenweise Ausweitung der Pilot Parkverbotszone rund ums Brandenburger Tor auf den gesamten Bezirk zu erarbeiten, beginnend mit besonders von Fußverkehr gekennzeichneten Flächen. Im Gleichschritt sollen Jelbi-Stationen als obligatorische Abstellbereiche für alle Sharing-Anbieter eingerichtet werden. Für Wildparken sollen spürbare Strafzahlungen für die Anbieter entstehen.

Das Bezirksamt hat am 17.12.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Mitte hat als einer der ersten Bezirke bereits vor mehreren Jahren angefangen, gesonderte Abstellflächen für Mietfahrzeuge der Mikromobilität zu schaffen. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung und der BVG wurden auch rund um das Brandenburger Tor Abstellanlagen eingerichtet. Finanziert wird das Projekt durch die Senatsverwaltung. Das Straßen- und Grünflächenamt und Jelbi stimmen sich eng zu den konkreten Orten ab und haben so die größte Sharing-Zone für Mikromobilität in Berlin geschaffen. Vom Alexanderplatz über Unter den Linden bis zum Checkpoint Charlie, das Brandenburger Tor und den Hauptbahnhof sind 100 Abstellflächen für E-Scooter, Elektroroller und Fahrräder verschiedener Leihanbieter geschaffen worden.

Mit dem etwa 3,5 Quadratkilometer großen Netz aus Jelbi-Punkten im Abstand von durchschnittlich 200 Metern wurden die Voraussetzungen für die Ordnung der Elektrokleinfahrzeuge im öffentlichen Raum geschaffen. Im Umkreis von 100 Metern rund um die Jelbi-Punkte ist das Abstellen dieser Fahrzeuge nicht mehr möglich. Mittels GPS-Ortung lässt sich außerhalb der Jelbi-Punkte die Miete nicht mehr beenden. Es entsteht also eine riesige Parkverbotszone für mietbare Elektrokleinfahrzeuge im Herzen Berlins.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich positive Auswirkungen auf den Klimaschutz, da durch die Umsetzung des Ersuchens positive umweltpädagogische Effekte erwartet werden.

Berlin, den 04.12.2024

Bezirksstadtrat Schriner

Bezirksbürgermeisterin Remlinger